

Kaum Potenzial  
für Zürcher Wasserkraft Seite 18In Zürich  
geht das Festen los Seite 19Weniger Geld  
für Integration Seite 20Zürich und San Francisco  
seit zehn Jahren verbunden Seite 21

## Erkenntnis vor Bekenntnis

Die neuen Zürcher Lehrmittel für das obligatorische, nichtkonfessionelle Fach «Religion und Kultur» sind eine echte Innovation

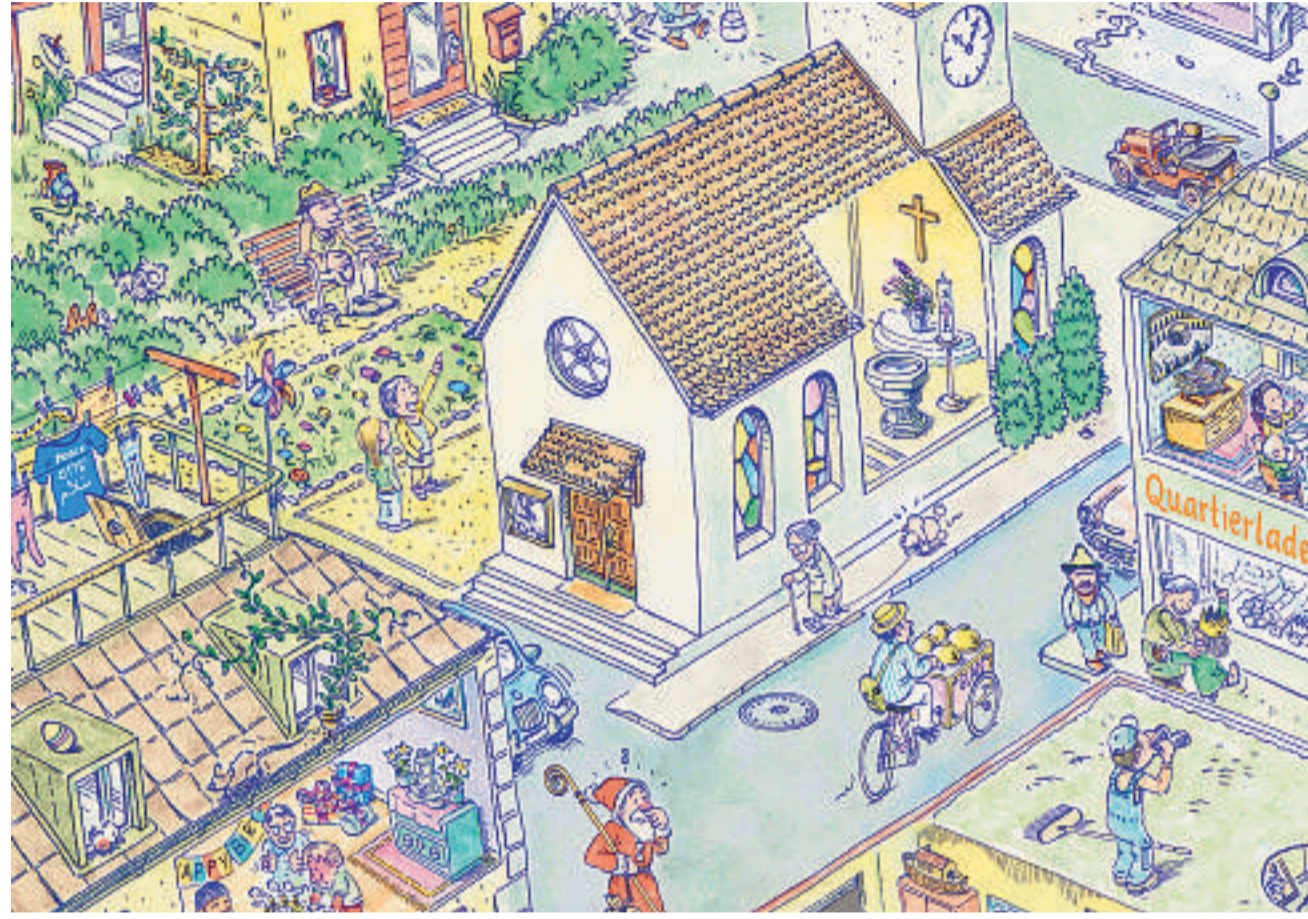
Mit dem Fach «Religion und Kultur» geht Zürich eigene Wege. Nach langer Erarbeitung und Erprobung stehen jetzt auch die Lehrmittel bereit.

Walter Berner

Drohte dem Unterricht in biblischer Geschichte noch vor ein paar Jahren das Aus, wird zurzeit im Kanton Zürich ein neues Fach «Religion und Kultur» eingeführt, das von Kindern und Jugendlichen aller Glaubensrichtungen nicht nur besucht werden kann, sondern muss. Der Kanton Zürich betritt damit im deutschsprachigen Raum Neuland. Seit 2007 ist die gestaffelte Einführung ohne nennenswerte Nebengeräusche im Gang, inzwischen sind sämtliche Schulgemeinden gestartet. 3500 Lehrpersonen haben sich in Weiterbildungen die nötige Qualifikation angeeignet.

### Respekt und Zusammenhalt

Endlich liegen jetzt auch die Lehrmittel für das Fach bereit. Die vollständige Lehrmittelreihe «Blickpunkt – Religion und Kultur 1–3» des Lehrmittelverlags Zürich ist am Freitag von Bildungsdirektorin Regine Aeppli, alt Bildungsrat Jürgen Oelkers und den Projektleitern Matthias Pfeiffer und Kuno Schmid den Medien vorgestellt worden. «Ein Schulfach ist nur dann ein Fach, wenn geeignete Lehrmittel zur Verfügung stehen», zog Oelkers Bilanz zur anfänglich mit schwierigen Situationen und heftigen Debatten verbundenen Vorbereitungs- und Umsetzungszeit. «Religion und Kultur» musste sich also gedulden, bis es zum Fach wurde. Seit einem Jahr wird in der Unterstufe «Blickpunkt 1» verwendet, «Blickpunkt 2» für die Mittel- und «Blickpunkt 3» für die Sekundarstufe sind noch brandneu, aber während eines Jahres in verschiedenen Klassen erprobt.



Fundstücke mit religiösem Bezug finden Unterstufenschüler auf diesem «Lebenswelt-Poster» zuhauf.

LEHRMITTELZENTRALE ZÜRICH

Wie Aeppli ausführte, wurde die Schule im Interesse des religiösen Friedens schon mit der Entstehung des Bundesstaates zu konfessioneller Neutralität verpflichtet. Heute ist die Vielfalt allerdings ungleich grösser; es kommen, wie Aeppli sich ausdrückte, verschiedene «Welten» zusammen. Die Herausforderung der Gesellschaft bestehe darin, sich auf gegenseitigen Respekt und den Zusammenhalt einzustellen: Was braucht es, dass dies gelingt?

Das Schulfach mit den neuen Lehrmitteln will vor diesem Hintergrund primär kulturkundliches Grundwissen

über Weltreligionen aufbauen. «Religion und Kultur» sei ein Bildungsfach in einem zunächst ganz elementaren Sinn, sagte Oelkers: Man lerne, was man woanders nicht lernen könne. Man lerne aber nicht, dass und wie man einen bestimmten Glauben annehmen könne, sondern man bekomme Einblick in verschiedene Religionen, ohne dass damit eine bestimmte Glaubensaufforderung und damit eine Wahl verknüpft seien. Nur mit Wissen und Kompetenzen über Religionen könne man mit Konflikten umgehen. Toleranz setze Kenntnis und Verstehen voraus; Ignoranz hingegen

habe gefährliche Folgen im Blick auf Vorurteile und Feindseligkeiten.

Die zum Teil gleichen Leute aus Glaubensgemeinschaften und anderen Gruppen wie den etwas später dazugestossenen Freidenkern, die vor zehn Jahren in einem einvernehmlichen Prozess die Grundlagen des Fachs erarbeiteten, haben auch die Entstehung der nun vorliegenden Lehrmittelreihe begleitet. Sie trugen dazu bei, dass die von Fachdidaktikern und Praktikern erarbeiteten Themen und Inhalte «akribisch auf ihren sachlichen Gehalt hin überprüft wurden», wie Oelkers erklär-

te. Auf Vorbilder habe man nicht zurückgreifen können; es handle sich bei den Lehrmitteln um Innovationen.

### Alltagsnah und bildstark

Der Name «Blickpunkt» stehe auch für die didaktische Erschliessung des Fachbereichs, führten die Projektleiter Kuno Schmid und Matthias Pfeiffer aus: Dinge, Bilder, Personen und Sachverhalte, die jedermann im Alltag begegnen und Assoziationen zu «Religion» wecken, sollen im Unterricht wahrgenommen, beschrieben, benannt und in ihrem Kontext erklärt werden. Religionen werden also über ihre kulturellen Ausdrucksweisen wahrgenommen; Religion kommt als Kultur in den Blick. Maria beispielsweise ist eines der häufigsten Motive der abendländischen Kunstgeschichte, wird in christlichen Traditionen und im Islam unterschiedlich verehrt und ist die einzige Frau, nach der im Koran eine Sure benannt wird.

Die Bücher und Materialien kommen bildstark daher. Die ersten beiden Bände legen den inhaltlichen Schwerpunkt auf das Christentum. Die Traditionen anderer Weltreligionen werden anhand von Festen, Schriften oder Symbolen dargestellt. Im Zentrum des dritten Bandes steht der Aufbau von Grundkenntnissen der grossen Weltreligionen mittels Reportagen und Porträts, verknüpft mit knappem Orientierungswissen. Dazu kommen kürzere Kapitel zu Religion und Gesellschaft, die von bestimmten religiösen Traditionen unabhängige Fragen aufgreifen, nach Konflikten und Lebensstilen etwa. Oder mit Gretchen nach Pluralisierung, Individualisierung und Säkularisierung: «Sag, wie hast du's mit der Religion?»

Das nun fertig ausgestattete Fach ist mit dem Lehrplan 21 kompatibel. Zu klären wird sein, wie bei dessen Umsetzung mit den heute als «Lebenskunde» unterrichteten Themen Ethik und Gemeinschaft umgegangen werden soll.

Meinung & Debatte, Seite 22

## Eigentum am Zürichsee soll geschützt werden

Kantonsratskommission schlägt eine Anpassung der Uferweg-Vorlage vor

Die kantonsrätliche Kommission für Planung und Bau will in der Umsetzung von Uferwegen am Zürichsee die Grundstückseigentümer schützen. Enteignungen sollen erschwert werden.

asü. · Der Gegenvorschlag der Regierung zu den inzwischen zurückgezogenen Seeuferweg-Initiativen der SP und der EVP soll abgeschwächt werden. Dies empfiehlt dem Kantonsrat die Kommission für Planung und Bau (KPB). Wie die NZZ schon angedeutet hatte (18. 6. 13), hat sich die FDP in der Schlussabstimmung der KPB mit zwei Änderungsvorschlägen durchgesetzt – sie wurden mit 9 zu 6 Stimmen gutgeheissen. Die Anpassungen zielen darauf ab, Enteignungen zu verhindern und die Gemeinden finanziell stärker in die Pflicht zu nehmen.

Laut dem Willen der Kommissionsmehrheit sind in einem zusätzlichen Paragrafen im Gesetzestext die Rechte der Eigentümer zu schützen. Uferwege über Privatland sollen nur dann infrage kommen, wenn die betroffenen Eigentümer einverstanden sind oder wenn eine alternative Option nicht möglich oder unverhältnismässig wäre. Zudem verlangt die KPB-Mehrheit, dass die Gemeinden nicht nur 20 Prozent an die Baukosten eines Wegs auf ihrem Gebiet, sondern auch an allfällige Landwerbskosten zu zahlen haben. Nicht gerüttelt werden soll dafür am Kern des

regierungsrätlichen Gegenvorschlags. Dieser sieht vor, dass jährlich sechs Millionen Franken für den Bau von Uferwegen gemäss den Richtplänen zu budgetieren sind – und zwar, bis das Wegnetz durchgehend erschlossen ist. Zwei Drittel des Betrags, also vier Millionen Franken, sind für Projekte am Zürichsee vorzusehen.

### SP ist kompromissbereit

Unter den Reaktionen auf den Entscheid der KPB fällt vor allem jene der SP auf. Die Partei kritisierte wiederholt, dass die Bürgerlichen ihre Initiative verwässerten. Die Empfehlung der KPB taxiert sie nun aber als «tragfähigen Kompromiss». Julia Gerber Rüegg, SP-Kantonsrätin und Präsidentin des Vereins Zürichsee für alli, sagt: «Schon der Gegenvorschlag ist ein Kompromiss, nun schlucken wir diese Kröte auch noch – aber es muss die letzte sein.» Bezüglich des regierungsrätlichen Gegenvorschlags sei allerdings das letzte Wort noch nicht gesprochen, da sich der Kantonsrat immer noch für diesen aussprechen könne. Auch die modifizierte Umsetzung sichere aber die fortlaufende Realisierung eines durchgehenden Uferwegs – was als schöner Erfolg verbucht werden könne.

Weniger versöhnlich geben sich die Grünen. Die Kantonsrätin Edith Häusler sagt: «Diese mutlose Anpassung ist frustrierend.» Lobend äussert sich dafür die CVP. Der ausgewogene Vorschlag der KPB sei besser als «linke Zwänge-

rei». Die GLP teilt mit, sie unterstütze den regierungsrätlichen Gegenvorschlag. Die KPB-Mehrheit drohe mit ihrem Vorschlag nicht nur einen attraktiven Zürichseeweg zu vereiteln, sondern auch ein problematisches Präjudiz zur Benachteiligung des Langsamverkehrs zu schaffen. Die SVP lehnt die Vorlage grundsätzlich ab. Im Zwiespalt ist offenbar die FDP. Sie nimmt laut einer Mitteilung zwar erfreut zur Kenntnis, dass «dank konstruktiver freisinniger Mitarbeit» das Grundeigentum respektiert werden solle. Der Budgetmechanismus und die damit verbundene zusätzliche Beanspruchung des Strassenfonds seien aber schwer verdaulich. Am Montag werde die Fraktion ihre Haltung festlegen.

### Referendum ist absehbar

Wie die FDP entscheiden soll, ist für den freisinnigen Alt-Regierungsrat Ruedi Jeker klar. Der Präsident des Vereins Fair, der einen durchgehenden Uferweg an vorderster Front bekämpft und stattdessen punktuelle Aufwertungen des Zugangs zum Wasser fordert, sagt: «Auch dieser Vorschlag ist inakzeptabel. Wir würden auch gegen ihn das Referendum ergreifen.» Er habe noch nie eine Gesetzesvorlage gesehen, die so verklausuliert ein riesiges Infrastrukturprojekt nach sich ziehe. Sie komme «auf Büsipfand» daher, koste die öffentliche Hand inklusive Teuerung in den nächsten Jahrzehnten aber bis zu 1,5 Milliarden Franken.

## Berner Stoff für Zürcher Blätter

Allianzwechsel bei der Regionalpresse

Der «Landbote» in Winterthur verliert seine redaktionellen Partner. Künftig werden die Zürcher Landblätter mit der «Berner Zeitung» zusammenarbeiten.

ras. · Die redaktionelle Kooperation der Regionalblätter «Zürichsee-Zeitung», «Zürcher Unterländer» und «Zürcher Oberländer» mit dem Winterthurer «Landboten» findet keine Fortsetzung. Letzterer wird ab dem kommenden Jahr nicht mehr für die Herstellung des überregionalen Mantelteils zuständig sein. An seine Stelle tritt die «Berner Zeitung». Tamedia-Sprecher Christoph Zimmer hat eine entsprechende Meldung der Agentur SDA bestätigt. Der Entscheid der Zürcher Mediengruppe ist eine Konsequenz der seit längerem unklaren Lage beim «Landboten», dessen Besitzer Verkaufsabsichten haben. Aus diesem Grund waren bereits in den vergangenen Monaten die Kooperationsverträge auf Ende 2013 gekündigt worden. Weil seither in Winterthur nichts Konkretes geschehen ist, hat Tamedia nun Fakten geschaffen. Tamedia hat damit eine firmeneigene Lösung entwickelt. Denn sie kontrolliert neben dem «Zürcher Unterländer» und der «Zürichsee-Zeitung» auch die «Berner Zeitung». Beim «Zürcher Oberländer» besitzt Tamedia hingegen nur 38 Prozent der Aktien, beim «Landboten» 20 Prozent der Aktien. Kommt hinzu, dass die redaktionelle Ausrich-

tung des «Landboten» nicht dem politischen Geschmack der konservativen Oberländer Kollegen entspricht. Wenn die Informationspakete künftig von der «Berner Zeitung» kommen, werden die Reibungsflächen vielleicht kleiner. Der neue Mantelteil bedingt aber, dass die redaktionellen Ressourcen der Zürcher Landblätter etwas vergrössert werden.

Die redaktionelle Kooperation der Landzeitungen mit dem «Landboten» wird damit nur drei Jahre gedauert haben. Allianzwechsel sind allerdings für die Winterthurer, die zwischen den Blöcken von NZZ-Mediengruppe und Tamedia leben, nichts Neues. Nachdem Tamedia im Jahr 2005 die «Thurgauer Zeitung» gekauft hatte, kam es zu einem Zeitungsverbund zwischen dem «Landboten» und den Thurgauern. Dieser fiel auseinander, als die NZZ-Mediengruppe und Tamedia Anfang 2010 Zeitungen austauschten: Die Zürcher Landzeitungen gingen an Tamedia, die NZZ-Gruppe übernahm die «Thurgauer Zeitung».

Nach dem neusten Partnertausch sind für die Zukunft des «Landboten» weiterhin bisherige Varianten denkbar: Er kann sich redaktionell an einen der beiden Grossverlage in Zürich anlehnen und diese Wahl mit einem entsprechenden Aktienverkauf bestärken, oder er macht einem «Blockfreien» das Feld frei. Mit letzterer Lösung bliebe indes die Frage offen, inwieweit der «Landbote» (65 000 Leser) eigenständig auf dem enger werdenden Pressemarkt zu überleben vermöchte.